

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Postgebühren vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zl., monatlich 5,36 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl. Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bernstr. Nr. 694 und 695.

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige Reklamezeile 100 Groschen, Danzig 10 bz. 70 Dg. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbildung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 62.

Bromberg, Freitag den 15. März 1929.

53. Jahrg.

## Kein Frieden ohne Gerechtigkeit!

Gedanken eines Franzosen über das Minderheitenproblem.

Vor der letzten Tagung des Völkerbunds, in der die Verbesserung des Minderheitenverfahrens vor dem Genfer Garant der Minderheitenrechte zur Debatte stand, begab sich der Pariser Korrespondent der Wiener „Neuen Fr. Presse“ zu dem für solche Fragen sachverständigen Professor an der Sorbonne und Vizepräsidenten des Instituts de droit international A. von Kapradelle und legte ihm eine Äußerung vor, mit der Briand in Lugano in die Kontroverse zwischen Stresemann und Baleski eingegriffen hatte. Briand, so berichtete der Korrespondent, habe damals die Worte gebraucht, daß der Friede den Vorrang vor der Gerechtigkeit besitze. „Wie denken Sie, Herr Professor, über diesen Standpunkt des französischen Ministers des Äußern?“

„Ich kann ihn unmöglich annehmen,“ erwiderte Professor de Kapradelle ohne Zögern. „Friede ohne Gerechtigkeit ist eine Unmöglichkeit; denn der Friede kann unter solchen Umständen niemals von Dauer sein. Dieser These zuzustimmen, hieße auch die großen Gedanken der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Rechtes sehr gering einschätzen, für die im 19. Jahrhundert in Europa und besonders in Frankreich so viel gekämpft wurde und die jetzt noch die Grundlage, ja, die Ehre unserer Zivilisation ausmachen. Das heißt jedes Ideal verleugnen. Und die Ideale, sind sie nicht das Körnchen Salz, ohne welches das Leben ohne Interesse, ohne Reiz wäre? Aber diese These würde bedeuten, wir anerkennen, daß Gewalt vor Recht geht.“

Der französische Professor versicherte darauf, wie sehr er über die Ungerechtigkeit, die fast überall den Minderheiten begegne, beunruhigt sei. Unglücklicherweise sei das Minoritätengesetz nicht überall respektiert worden. Die aufgeregten nationalen Leidenschaften hätten besonders in Mitteleuropa zu bedauerlichen Verletzungen der Minoritätenrechte geführt. Das Problem der Minoritäten ungelöst fortbestehen zu lassen, heißt duden, daß sich in Europa Brandherde bilden, die schließlich in einen allgemeinen Konflikt ausbrechen und die ganze europäische Ordnung in Frage stellen würden. Der erste Tote eines neuen Krieges aber wäre der Völkerbund.

Der Korrespondent fragte darauf den französischen Rechtsprofessor, welche Mittel seiner Ansicht nach geeignet wären, eine Lösung des Problems herbeizuführen. Worauf Herr von Kapradelle einen Vorschlag machte, der eigenartigerweise in der letzten Genfer Diskussion nicht in dieser Form aufgeführt wurde, der aber trotzdem der ernstesten Beachtung des Völkerbunds-Komitees und der später in San Sebastian tagenden Ratskommission empfohlen sei. Der gelehrte Franzose, der über die Wechselbeziehungen zwischen Gerechtigkeit und Frieden vernünftigeren Gedanken hat, als sein Landsmann Briand, entwickelte folgenden Gedanken:

„Ich denke, daß es nötig sein wird, dem Völkerbund die Frage der Minoritäten abzunehmen. Die Minoritätenprobleme sind keine politischen Fragen und dürfen es nicht sein. Sie auf dieses Terrain zu bringen, würde sie sofort vergiften und verwideln, ohne sie zu lösen. So ist es besonders verwerflich, daß die Minoritäten erst die Unterstützung eines oder mehrerer Ratsmitglieder erlangen müssen, wenn sie Gehör werden wollen. Diese Methode ist eine Quelle der Ungerechtigkeiten, der empörenden Ungleichheiten und der gefährlichen internationalen Erregungen. Die erste Aufgabe ist, die Minoritätenstaaten zu verhindern, Richter und Partei in einer Person zu sein. Das steht im Widerspruch zu den elementarsten Prinzipien jeder Rechtssprechung und hat sehr schwerwiegende Konsequenzen.“

Es wäre wünschenswert, ein internationales Verwaltungstribunal zu gründen, eine Art von „internationalen Staatsrat“, der in den Angelegenheiten der Minoritäten kompetent wäre und dessen Mitglieder jedesmal, wenn diesem Verwaltungsgerichtshof Klagen eingereicht werden, die Materie an Ort und Stelle zu untersuchen hätten. Man müßte auch die Minoritäten in der Weise organisieren, daß ihre Beschwerden von Persönlichkeiten ausgeben, die entsprechend bekannt und geeignet sind, sie zu vertreten. Es könnten Ordnungstruppen eingeführt werden, um ungerechtfertigte Klagen zu verhindern. Endlich könnte in gewissen Fällen unter sehr streng abgegrenzten Umständen ein Appell der Minoritäten vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden, der als letzte Instanz fungieren würde etwa wie ein internationaler Oberster Kassationshof.

Der Hauptpunkt für mich wäre, diesen Minoritätenfragen ihren wahren Charakter wieder zu geben, der administrativ und nicht politisch ist. Das hieße ihre Bedeutung durchaus nicht verringern, weit entfernt, sondern ihnen sozusagen den Stachel nehmen und sie ohne zu große Schwierigkeiten lösbar machen. Die nationalen Empfindlichkeiten wären viel weniger zu fürchten, wenn hohe funktionäre administrativer Natur diese Fragen in einem Geist der Unparteilichkeit und Versöhnlichkeit zu regeln hätten und nicht Staatsmänner. In jedem Falle muß man das Problem im Sinne der Überlegung, der Mäßigkeit, der Gerechtigkeit und der Loyalität zu lösen suchen. Es ist leider unmöglich, daß es in Europa keine Minoritäten gibt, aber es ist sehr wohl möglich und muß erreicht werden, daß diese Minoritäten nicht unterdrückt werden, noch selbst aggressiv auftreten, daß sie in Freiheit und in Frieden im Rahmen der Staaten leben, in deren Territorien sie einverleibt sind. Das seit 1919 vom Völkerbund anerkannte und verkündete Recht der Minoritäten ist bis jetzt im Schlaraffenland; was für Schwierigkeiten und Verdruß es auch bereiten mag, man muß es aufser-

weden und in Aktivität setzen. Geschieht das nicht, so läuft man Gefahr, daß der Glaube sich festsetzt, der Völkerbund betrachte die Weigerung, eine Frage zu behandeln, schon als eine Lösung.“

## Rabinettsrat in Warschau.

Warschau, 14. März. Unter der Überschrift „In Erwartung wichtiger Entscheidungen des Rabinettsrats“ bringt der dem Marschall Piłsudski nahestehende „Kurjer Poranny“ in großer Aufmerksamkeit folgende Meldung: Rabinettsrat, d. h. eine Sitzung des Ministerrats, ohne Teilnahme der Unterstaatssekretäre und der Beamten einberufen. Der Finanzminister war durch den Leiter des Finanzministeriums, Grodyński, vertreten. Marschall Piłsudski war nicht anwesend. Der Rabinettsrat dauerte bis 3½ Uhr nachmittags, worauf er nach einstündiger Pause im Stallhalter-Palais wiederum zusammentrat. Diese Tatsache wird in politischen Kreisen sehr lebhaft kommentiert; sie hat ein großes Interesse, zugleich aber auch Beunruhigung hervorgerufen. Wie es heißt, betrafen die Beratungen die Situation, die sich durch den Antrag, nach welchem der Finanzminister Czechowicz sich vor dem Staatsgerichtshof verantworten soll, sowie durch die Veröffentlichung seiner Briefe an den Ministerpräsidenten herausgebildet hat. Der Pessimismus erreichte einen derartigen Grad, daß man von einer Möglichkeit einer Rabinettsänderung in allernächsten Tagen spricht.

## Weshalb Czechowicz zurücktrat.

Warschau, 14. März. Die polnische Presse veröffentlicht jetzt den Wortlaut des Schreibens, das der ehemalige Finanzminister Czechowicz an den Ministerpräsidenten Bartel gerichtet hatte, und in dem er um seine Demission nachsuchte. Das Schreiben lautet: „Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Vor drei Monaten, und zwar am 11. Dezember 1928, hatte ich die Ehre, um meine Demission nachzusuchen, und in einem besonderen Schreiben meinen Standpunkt in der Frage der Zusatzkredite für das Jahr 1927/28 darzulegen. Sie haben mir damals die Versicherung gegeben, daß die Nichtvorlegung der Zusatzkredite nicht die ersten Folgen nach sich ziehen werde, die ich schon damals vorausgesehen habe. Jetzt hat die Sache einen besonders drastischen Charakter angenommen. Denn der von einigen Abgeordnetenflüss angeführte Antrag, den Finanzminister in den Anklagezustand zu versetzen, der zweifellos Aussichten hat, angenommen zu werden, kann weitgehende Konsequenzen für die finanzielle Konjunktur des Staates und besonders für die von mir unternommenen Schritte zur Erlangung eines langfristigen Kredits für die Landwirtschaft auf dem französischen Geldmarkt zeitigen. Daß einem Finanzminister der Prozeß wegen illegaler Durchführung des Budgets und wegen der Nichtvorlegung der über das Budget hinausgehenden Ausgaben gemacht wird, wäre eine unerhörte sensationelle Tatsache, die, soweit mir bekannt ist, in der europäischen Geschichte der letzten Zeiten nicht vorgekommen ist. Man kann sich leicht vorstellen, wie diese Tatsache durch die feindselige öffentliche Meinung im In- und Auslande ausgenutzt werden würde. Diese Gründe zwingen mich, abermals die Bitte um eine Demission einzubringen. Unabhängig davon muß ich feststellen, daß ein Prozeß gegen einen ehemaligen Minister in seinen Folgen für den Staat weniger schädlich sein dürfte, als ein Prozeß gegen einen aktiven Minister.“ (—) G. Czechowicz.

## Eine Erklärung Dr. Strasburgers.

Der polnische Generalkommissar in Danzig Dr. Strasburger gab einem Vertreter der „Danz. Zeitg.“ über die mehrerwähnte polnische Geheimdenkschrift eine Erklärung ab, in der er Folgendes ausführte:

„Der Wortlaut der polnischen Geheimdenkschrift über Danzig“ ist nunmehr, wenn auch nicht in polnischer, so doch in deutscher Sprache veröffentlicht. Als Verfasser der Denkschrift werden von der reichsdeutschen Presse ich oder meine Mitarbeiter genannt. Seitens einer Partei ist aus diesem Anlaß eine große Anfrage im Danziger Volksrat eingebracht. Diese letzte Tatsache, veranlaßt mich, folgende amtliche Erklärung abzugeben:

Die Denkschrift stammt weder von mir, noch von einem meiner jetzigen oder früheren Mitarbeiter, noch auch sonst von einem Beamten des polnischen Ministeriums des Äußeren.

Der von der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte Text ist zum großen Teil aus verschiedenen Erklärungen, Rundgebungen und Artikeln maßgebender polnischer Persönlichkeiten zusammengestellt. Verschiedene Grundgedanken der Denkschrift entsprechen daher den Grundlinien der polnischen Politik Danzig gegenüber, und zwar:

Aufrechterhaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen juristischen und politischen Sachlage; Achtung aller durch die bestehenden Verträge der Freien Stadt gewährten politischen Rechte; Schonung Danzigs eigener Kultur; Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Freien Stadt und Unterstützung der auf ihrem Gebiet gelegenen Unternehmungen, also auch insbesondere der Danziger Werft.

Auch verschiedene Ideen der Denkschrift von mehr untergeordneter Bedeutung entsprechen der polnischen Politik, wie z. B. Übertragung von konsularischen Ehrenämtern an prominente Führer der Danziger Wirtschaft oder Ent-

ziehung des Postdebits in Polen für Zeitungen, welche gegen die Integrität des polnischen Staates gerichtete Artikel veröffentlichen.

Dagegen sind andere in der Denkschrift angeführte Gedanken, wie z. B. das vorgeschlagene Tauschgeschäft: Einführung der polnischen Währung gegen Räumung der Welterplatte oder Ersetzen deutscher Kredite in Danzig durch Geldgewährung seitens der polnischen Banken und ähnliche wirtschaftliche Mittel, den polnischen Einfluß in Danzig zu steigern, für Menschen, die für wirtschaftliche Dinge Verständnis haben, etwas naiv und haben mit der polnischen Politik nichts zu tun. Auch die Feststellung von der „starken Haltung“ der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ im Vergleich die Denkschrift in gewissem Sinne als einen Erfolg dieser Verfassers.

Der Zweck der Denkschrift war wohl derjenige, in der Danziger Bevölkerung am Tage nach der Ankunft des polnischen Premierministers das Vertrauen zu der polnischen Verständigungspolitik zu erschüttern. Und doch betrachte ich die Denkschrift in gewissem Sinne als einen Erfolg dieser Verständigungspolitik. Echt oder gefälscht, ist die Denkschrift ein neuer Beweis dafür, daß die polnische Regierung bestrebt ist, in Danzig eine Politik zu führen, die auf Achtung der Danziger Rechte und der Danziger Kultur und auf Förderung der Danziger Wirtschaft beruht und daß diese Tatsache von den ärgsten Feinden der polnisch-Danziger Verständigungspolitik nunmehr ausdrücklich anerkannt worden ist. Gerade die „Telegraphen-Union“ und andere ihr verwandte Telegraphen-Agenturen haben immerfort unnahe Meldungen über Polonisierungsbestrebungen in Danzig, über militärische Vorbereitungen zur Annexion der Freien Stadt, über die wirtschaftliche Unterdrückung Danzigs durch Polen verbreitet und jetzt gibt diese Agentur zu, daß die polnische Politik in Danzig gerade entgegengesetzte Ziele verfolgt.“

Dies der Inhalt der Erklärung des diplomatischen Vertreters Polens in Danzig. Wie vorstehend erwähnt, wird die Denkschrift im Danziger Volksrat demnächst den Gegenstand einer Anfrage bilden, wobei dann wohl auch amtliche Danziger Erklärungen zur Sache erfolgen werden.

## Die patriotische Presse.

Ein Brief des Generals Haller.

Warschau, 13. März. Im Zusammenhang mit dem an den Sejmarschall gerichteten Schreiben des Prälaten Godlewski, der auf die Rede, die Marschall Piłsudski im Senat gehalten hat, reagiert hatte, veröffentlicht jetzt der General Stanisław Haller, Generalstabschef im Jahre 1920, d. h. in der Zeit, von der im Schreiben des Prälaten Godlewski die Rede war, in der „N. B. C.“ eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Anfang Juli 1920, nach unserer Niederlage an der Anta, die eine große Depression im Volke hervorrief, lag es dem Generalstabe daran, durch eine großzügige publizistische Aktion den Geist im Volke und unmittelbar auch in der Armee zu heben. Dies sollte mit Hilfe der Presse geschehen. Das Presseereferat kam jedoch zu der Überzeugung, daß es ohne Geld diese Aktion in dem notwendigen Umfang nicht werde durchführen können, und forderte bedeutende Kredite für die Tageszeitungen.“

„Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Blätter in einem so ersten Augenblick ihre Hilfe uneigennützig in den Dienst des Vaterlandes gestellt hätten. Als aber diese Hilfe unumgänglich notwendig erschien, durfte ich nicht zögern. Der Augenblick war zu ernst, als daß man nicht alles zur Besserung der Situation versucht hätte. Ich kann heute nicht sagen, welche Blätter eine finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an dieser Aktion erhalten haben, glaube jedoch, daß entsprechende Akten im Archiv des ehemaligen Oberkommandos vorgefunden werden müßten. Auch heute zweifle ich nicht daran, daß die erwähnte Presseaktion in der damaligen drohenden Lage begründet war, und es ist nicht meine Schuld, daß sie Geld gekostet hat.“

Die „Naczeppolita“ gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die öffentliche Meinung darüber informiert werden müsse, welche polnischen Zeitungen sich haben Geld zahlen lassen, als es galt, in einem für den ganzen Staat drohenden Augenblick den Geist des Volkes zu heben und damit eine patriotische Pflicht zu erfüllen.

## Todesfälle bei der Rheinland-Besatzung.

Paris, 11. März. Der sozialistische Abgeordnete Barthe, der die Regierung über die zahlreichen Todesfälle zu interpellieren gedenkt, die durch mangelnde Rücksichtnahme auf die enorme Kälte während der letzten Frostperiode unter den französischen Besatzungstruppen im Rheinland zu verzeichnen waren, hat, wie „Paris Soir“ berichtet, von den Familien der Verstorbenen sowohl, als von Mitgliedern der Besatzungstruppen selbst umfangreiches Material erhalten. Er erklärt, daß die Soldaten die mangelhaften sanitären Zustände auf die Unfähigkeit ihrer Vorgesetzten zurückzuführen und daß unter ihnen infolgedessen starke Erregung herrsche. In Landau seien 70 Todesfälle vorgekommen, in Koblenz 80, in sämtlichen anderen Rheinlandgarnisonen schätzungsweise etwas mehr als 40.

Die „Humanité“ schreibt über das Sterben in der Rheinlandarmee: Die Schuld liege größtenteils an der Unterernährung. Das Reglement bestimme, daß für die Ernährung eines Soldaten nur 1,98 Franken täglich ausgegeben werden dürfen, und für das laufende Jahr habe das Budget eine weitere Herabsetzung bestimmt. Außerdem sei die Kohlenmenge, die den einzelnen Truppenteilen zugeföhrt werde, gleich groß ohne Rücksicht auf die geringere oder größere Kälte. So sei es denn gekommen, daß die Schlafäle nicht mehr genügend geheizt werden konnten. Auch die Bekleidung sei genau die gleiche geblieben wie im Sommer, so daß zahlreiche Soldaten beim Postentehen vor Kälte erfroren. Wenn Soldaten sich krank meldeben, seien sie meist als Simulanten abgewiesen worden.



Pommerellen.

14. März.

Grudenz (Grudziadz).

Die Zahl der Arbeitslosen in Pommerellen nahm in der Zeit vom 3. bis 9. März um 346 Personen zu und beträgt gegenwärtig 14 439.

Bevölkerungsbewegung. Auf dem hiesigen Standesamt gelangen in der Zeit vom 4. bis 9. März zur Anmeldung: 29 eheliche Geburten (20 Knaben, darunter ein Zwillingpaar, und 9 Mädchen), ferner 3 Eheschließungen und 14 Todesfälle.

Der Weichselübergang wird trotz der Verbotstafel nach wie vor benutzt. Das Eis bietet zwar bei seiner ungewöhnlichen Stärke in diesem Winter wohl noch keine Gefahr, wenn man von der Möglichkeit des Berstens der Decke, wie es bekanntlich auf anderen Strömen geschehen ist, absieht.

Der Tarifstreit der Autotaxen. Der schnell wieder beendete Ausstand der Autotaxen-Besitzer hatte, wie weiter mitgeteilt sei, als unmittelbare Ursache das scharfe Vorgehen des Magistrats, von dem auf die Tarifüberprüfungen eine Strafe von 30 Zloty für den einzelnen Fall festgesetzt worden war.

Der Mittwoch-Marktag war gut besucht, jedoch nur schwach befördert. Das Angebot in Eiern war besonders groß, so daß sich der Preis auf 3,00 pro Mandel senkte. Butter kostete 2,70-3,00, Quark 0,50-0,60 pro Pfund.

Zu dem Ladenbrand in der Lindenstraße, worüber wir bereits kurz berichtet haben, ist noch nachzutragen: Das Feuer war in der Weise entstanden, daß der Inhaber des Papier- und Spielwarengeschäfts, Mikolaj Wolojzyn, mit einer brennenden Kerze in das neben dem Laden befindliche, als Lager dienende Zimmer gegangen war, und dort das Licht auf eines der Regale gestellt hatte.

Scheunenbrand im Landkreis Grudenz. In der Nacht zum Montag verdröhtete ein Brand eine Scheune des Gutsbesizers Eugen Stümer in Königl. Rehwalde. Das Feuer soll von einem Arbeiter durch unvorsichtiges Umgehen mit Licht hervorgerufen worden sein.

Mit Dampf, im wahren Sinne des Wortes, d. h. mit der Dampfmaschine vom städtischen Gute Kl. Kunterstein, wird zurzeit an der Luftanung eingefrorener Gullus gearbeitet. Auch eine der beiden großen Rehrmaschinen ist neben der Dampfmaschine bei der erwähnten Arbeit beschäftigt.

Bereine, Veranstaltungen etc.

Deutsche Bühne Grudziadz. Zum letzten Male wird am kommenden Sonntag dem 17. d. M., 'Der Prozess Mary Dugan' als Fremden- und Volksvorstellung gespielt.

Thorn (Torun).

Der kontraktlose Zustand zwischen der Ärzteschaft und der Krankenkasse ist beigelegt. Alle bisherigen Kassenärzte praktizieren wieder wie vormals.

Die schwere Regierungskrise in der Natur scheint nun endlich ihre Lösung gefunden zu haben. Man darf nunmehr wohl mit Gewißheit annehmen, daß der strenge Diktator Winter zum Rücktritt entschlossen ist.

Achtung, Restaurateure! Nach einer neuen Verordnung werden Räume, in denen eine Schank- oder Bierkonzeßion betrieben wird, als nicht den Vorschriften entsprechend angesehen, wenn diese unmittelbar an einer Privatwohnung oder an Geschäftsräumen anderer Branchen liegen.

Auch Lehrlinge ohne Taschengeld müssen bei der Krankenkasse angemeldet werden. Bisher wurde vielfach die Ansicht vertreten, daß Lehrlinge oder Lehrlinginnen, welche feinerlei Entschädigung (Taschengeld) erhalten, nicht zur Krankenkasse angemeldet werden brauchen.

Eine Unterschlagung in Höhe von etwa 200 Zloty wurde hier zum Schaden eines Walter Wigge als Danzig verurteilt.

Um 40 Zloty Bargeld betrogen wurde die in der Breitestraße 13 wohnhafte Helena Malinowka durch eine unbekannte Person.

Im Eisenbahnzuge gehörig bestohlen wurde der Warschauer Bürger Jan Sudro. Ein unbekannter Täter verschwand nämlich mit seinem Pels, seiner Mütze und seinen Handschuhen.

m. Dirchan (Tczew), 13. März. Auf der letzten Strafsitzung des hiesigen Bürgergerichts wurden verurteilt: Arbeiter Paul Niemczyk aus Pelsin hiesigen Kreises für Hervorrufung eines Standaus auf 50 Zloty Geldstrafe.

ch. Koniz (Chojnice), 14. März. Gefaßter Dieb. Seit längerer Zeit verschwanden in den Räumen des hiesigen Gerichts allerlei Gegenstände, und es war nicht möglich, den geheimnisvollen Dieb zu entlarven.

Thorn.

Nach langem schweren Leiden entschlief heute an ihrem 74. Geburtstag Frau Lina Maczyska geb. v. Parcz.

Baul Thober Damen- und Herren-Frisier-Salon, Sary Rynek 31 empfängt 1488

Auskunftei u. Detektivbüro 'Hamada' Torun, Sukiennicza 21 erledigt sämtliche Angelegenheiten, auch familiäre, gewissenhaft und diskret.

Justus Wallis Bürobedarf - Papierhandlung Torun. Gegründet 1853.

Wirtschaftsverband städt. Berufe Abt. Handwerker Thorn. Unsere Monats-Versammlung findet erst Donnerstag, den 21. März 1929, abends 8 Uhr im Deutschen Saal statt.

200 Ztr. gesunde Speisekartoffeln hat abzugeben 3665 J. Gies, Nieszawa p. Bodogóra, pow. Torun.

Kirchliche Nachrichten. Sonntag, den 17. März 29. (Judica). St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Abd.-Gottesdienst.

St. Marien-Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Nachm. 5 Uhr: Predigt. Abends 8 Uhr: Abendmahl.

w. Soldau (Dzialdowo), 13. März. Der am gestrigen Tage hier selbst stattgefundene Vieh-, Pferde- und Krammarkt war trotz der verzeichneten schlechten Verfahrwege sehr gut von Verkäufern wie auch Käufern besucht.

Stargard (Starogard), 12. März. In der gestrigen Stadteordnetenversammlung gelangen zur Kenntnisnahme: die Mandatsniederlegung des Mitgliedes B. Kurowski, der Bericht des Schlachthauses und das Revisionsprotokoll der Stadtkasse.

x. Zempelburg (Sepolno), 13. März. Der Verkehr auf dem letzten Wochenmarkt war bei gelinderem Wetter etwas lebhafter, als der Vormarkt. Das Angebot an Butter, die mit 2,30-2,60 verkauft wurde, war genügend.

Freie Stadt Danzig. Alarmübungen der Hochwassernothilfe im Großen Werder. Um die Bereitschaft der Eiswache und Nothilfe zu überprüfen, werden die Gemeinden des Marienburger Deichverbandes zurzeit einer Alarmübung unterzogen.

Grudenz.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeitsfeier erwiesene Aufmerksamkeit sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. Groß Lubien, im März 1929. Otto Kühn und Frau.

Kirchliche Nachrichten. Sonntag, den 17. März 29. (Judica). Evangel. Gemeinde Grudziadz. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst.

St. Marien-Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Nachm. 5 Uhr: Predigt. Abends 8 Uhr: Abendmahl.

Berkaufe 30 Zentner handverleierte grüne Gaanerbien (Konfordia, 1. Ubiaad). Thimm, Dölnin.

Hochtragd. Kuh verkauft 3628 Gaeffe, Wischale bei Grudziadz.

5000 Zloty verberge ich auf Landgrundst. a. d. Synopt. Auzerb. habe 6 ungeb. Sterken von 6-7 Ztr. d. Std. Herdudachabtamung, und 10 Käber zu verkaufen. Gutsbesizer Emil Rojenau, Grudziadz.

Tüchtiger Müller 25 Jahre alt, ehrlich, zuverlässig, mit allen Mäch. der Neuzeit usw. Gaugamotoranica, aufs beste vertraut. Der poln. u. dtch. Sprache in Wort und Schrift mächtig, lücht Dauerstellig, v. 1. 4. evtl. auch spät. Werte Zischriften sind unt. D. 3453 an die Geschäftsst. A. Arieble, Grudziadz zu richten

Saubere Waschfrau lücht Stellen. Zu erfragen bei Wrobleski, Rauenstr. 61. 3658



Polens Zahlungsbilanz für 1927.

Besentlich schneller als für die früheren Jahre werden jedoch die Daten der Zahlungsbilanz für 1927 bekanntgegeben, und zwar geschieht dies fast genau zur gleichen Zeit von zwei verschiedenen Seiten, in dem jetzt gedruckt vorliegenden 5. Quartalsbericht des amerikanischen Finanzberaters der polnischen Regierung und Aufsichtsratsmitglied der Bank Polki, Charles Deyew, sowie in dem neuesten Heft der amtlichen Warschauer Statistik.

Wenn man einen solchen Vergleich unternimmt, muß man sich allerdings vor Augen halten, daß weder das Jahr 1925 noch das Jahr 1926 in wirtschaftlicher Beziehung für Polen als normal angesehen werden kann. 1925 war ein verhältnismäßig gutes Erntejahr, dem aber ein schlechtes Vorjahr, in dem ferner die rigorose Einfuhrdrosselung (wegen des Verfalls der Zloty-Währung) einsetzte und der Zollkrieg mit Deutschland begann.

Der Briefträger kommt

in den Tagen vom 15.-23. März zu unseren Post-Abonnenten, um den Abonnementsbetrag für das 2. Quartal oder für den Monat April in Empfang zu nehmen.

122 Mill. Zloty. Von der letzteren Summe floßen 33,5 Mill. Zloty nach Danzig, 88,5 Mill. Zloty ins Zoll-Ausland. Der Einnahmeposten Auswanderung auf der Aktivseite in Höhe von 247,7 Mill. Zloty stammt von den durch Banken, Schiffsgesellschaften, Konsulate uvm. erfolgten Geldüberweisungen polnischer Emigranten.

II. Zu den Eingängen, die Polens Schuld vergrößern, gehören auf der Aktivseite Anleihen des Staates (541,6 Mill. Zloty), von Kommunen (3,3 Mill. Zloty), von Privaten 725,5 Mill. Zloty und von Banken (106,3 Mill. Zloty) in Gesamthöhe von 1376,7 Mill. Zloty.

wird u. a. noch folgendes bestimmt: Die Beiseignungen werden je nach der Art und Menge der auszuführenden Ware für 5, 10, 20, 40 und 80 Schweine, bzw. 50, 100, 500, 1000 und 5000 Kilo Schweinefleisch ausgeben.

Geldmarkt

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 14. März auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zloty am 13. März. Danzig: Ueberweisung 57,70 bis 57,84, Bar 57,73-57,87, Berlin: Ueberweisung Warschau 47,10-47,30, Kattowick 47,125-47,3, Loden 47,175-47,375, Bar 46,975-47,375.

Barischer Börse vom 13. März. Umsätze, Verkauf - Kauf: Belgien - Belgrad, Budapest, Bukarest, Helsingfors, Spanien - Holland, Konstantinopel, Kopenhagen, London 48,29 1/2, 43,40 - 43,19 1/2, New York 8,90, 8,92 - 8,88, Oslo - Paris 34,83 1/2, 34,92 1/2, - 34,74 1/2, Prag 26,40 1/2, 26,46 1/2, - 26,34 1/2, Riga - Schwede 171,52, 171,95 - 171,04, Stockholm - Wien 125,27, 125,58 - 124,98, Italien 46,73, 46,84 - 46,62.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 13. März. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 26,01 1/2, 25,01 1/2, Br. New York - - - - - Br., Berlin - - - - - Br., Warschau 57,75, 57,90 Br., Noten: London - - - - - Br., Berlin 122,147 Gd., 122,453 Br., New York - - - - - Br., Zürich - - - - - Br., Warschau 57,73 Gd., 57,87 Br.

Berliner Devisenkurse

Table with 4 columns: Dfl. Disk. Rate, Zin drachtlose Ausgab., In Reichsmark 13. März, In Reichsmark 12. März. Rows list various locations like Buenos-Aires, Kanada, Japan, etc.

Züricher Börse vom 13. März. (Amtlich.) Warschau 58,30, New York 5,199 1/2, London 25,23 1/2, Paris 20,30 1/2, Wien 73,04, Prag 15,89 1/2, Italien 27,22 1/2, Belgien 72,19, Budapest 90,64 1/2, Helsingfors 131,10, Sofia 3,75 1/2, Holland 208,28 1/2, Oslo 138,55, Kopenhagen 138,62 1/2, Stockholm 138,87 1/2, Spanien 77,25, Buenos Aires 2,18 1/2, Tokio 2,32, Rio de Janeiro - - - - - Bukarest 3,09, Athen 6,72, Berlin 123,37, Belgrad 9,12 1/2, Konstantinopel 2,55 1/2, Got. codj. - - - - - Priv. Dist. - - - - - Täg. Geld - - - - -

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. n. Scheine 8,84 Zl., 1 Bfd. Sterling 43,12 Zl., 100 Schweizer Franken 170,83 Zl., 100 franz. Franken 34,70 Zl., 100 deutsche Mark 210,78 Zl., 100 Danziger Gulden 172,41 Zl., tschech. Krone 26,30 Zl., österr. Schilling 124,77 Zl.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Wiener Getreidebörse vom 13. März. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Polen.

Table with 2 columns: Right price, Corn price. Rows list commodities like Weizen, Roggen, Malzgerste, etc.

Marktbericht für Samen der Firma B. Hozajowski, Thorn, vom 13. März. In den letzten Tagen wurde notiert: Zloty per 100 Kilogramm loco Abdelation:

Table with 2 columns: Name, Price. Rows list various seeds like Rotkle 180-220, Weißkle 180-300, etc.

Berliner Butternotierung am 12. März. Butter wurde bei beständigem Tendenz mit 1,76 bzw. 1,67 bzw. 1,51 gegen 1,76 bzw. 1,64 bzw. am 9. März, notiert.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 13. März. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif, Hamburg, Bremen oder Rotterdam 189,75, Remakob-Waarenzinn (von handelsüblicher Beschaffenheit) - -, Oxidantialuminium (98,99%)

Wasserstands- und Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 13. März. Ratkau +, Zawidost + 0,96, Warschau + 1,04, Plock + 0,69, Thorn + 0,99, Gordon + 0,50, Cielm + 1,10, Graubenz + 1,04, Kurzebrat + 0,34, Biala - 0,62, Dirschau - 0,66, Eintage + 0,4, Schiemoritz + 2,28.

Jäger, seid Jäger! Füttert das Wild! Achtet auf Schlingensteller!

Wirtschaftliche Rundschau.

Zementpreiserhöhung. Am 10. d. M. hat das Zement Syndikat die Zementpreise um 45 Groschen auf 9,30 Zloty für 100 Kilo franks Wagon Warschau erhöht.



Die Zusatzkredite für 1927/1928.

Warschau, 13. März. (Eigene Meldung.) An dem Konflikt zwischen der Regierung und dem Sejm wegen der Zusatzkredite für das Wirtschaftsjahr 1927/28 ist der Allgemeinheit das Wesentliche unverständlich.

Die Regierung sich bisher darauf berufen hat, diese Kredite dem Sejm nicht vorzulegen. Es ist daher erklärlich, daß sich infolgedessen das Interesse der politischen Kreise den amtlichen Publikationen zuwendet, die über die stattgehabten Budgetüberschreitungen Auskunft geben.

Aus den „Wiadomości Statystyczne“ erfährt man, daß die Gesamtausgaben im Jahre 1927/28: 2554 Millionen Zloty betragen. Da das Budget sich auf 1991 Millionen beläuft, so beträgt der überschrittene Betrag 563 Millionen Zloty.

Eigentümlicherweise wurden die Budgets: des Präsidenten der Republik, des Sejm und Senats, der Obersten Kontrollkammer des Staates und des Präsidiums des Ministerrates unter dem gemeinsamen Titel: „Die obersten Behörden“ vereinigt. Diese haben ihr gemeinsames Budget um 9 Millionen Zloty überschritten.

Die Endzahlen des Staatshaushalts nach dem Senatsbeschluss.

Warschau, 13. März. (P.A.) Die in der letzten Sitzung des Senats beschlossenen Endzahlen des Staatshaushalts voranschläges zeigen folgendes Bild:

Verwaltungs-Einnahmen 1861 173 299 Zloty, aus Staatsunternehmungen 148 858 410 Zloty, aus Monopolen 902 517 Zloty - zusammen 2 912 547 709 Zloty.

Ausgaben für die Verwaltung 2 735 959 000 Zloty, für die staatlichen Unternehmungen 21 887 600 Zloty - zusammen 2 757 846 600 Zloty.

Nach dem Sejmbeschluss betrug der Budgetüberschuß 177 550 800 Zloty und nach Abzug der Beamten- und Invalidenrente netto 29 550 800 Zloty.

Deutsches Reich.

Stresemann in San Remo.

Reichsminister Dr. Stresemann ist am Dienstag morgen mit dem Simplicon-Nachzuge in Genua eingetroffen und nach San Remo weitergefahren, wo er bis nach Ostern zur Erholung Aufenthalt nimmt.

Wie aus London gemeldet wird, beschäftigt man sich in parlamentarischen Kreisen mit der Nachricht, daß Churchill gegen alle Erwartungen seine Reise nach Paris plötzlich nach der Riviera ausgedehnt hat.

Fran Subkoff zahlungsunfähig.

Bonn, 12. März. Über das Vermögen der früheren Prinzessin von Preußen, vermittelnde Fürstin von Schaumburg-Lippe, jetzige Frau Subkoff, wohnhaft im Palais Schaumburg zu Bonn, wurde das Konkursverfahren wegen Zahlungsunfähigkeit eröffnet.

Das Konkursverfahren, das gegen die vermittelnde Prinzessin von Schaumburg-Lippe, jetzige Frau Subkoff, eröffnet wurde, ist, wie verlautet, auf Veranlassung des Bieleburger Hofes eingeleitet worden, und zwar wegen Forderungen in Höhe von etwa 16 000 Mark.

Aus anderen Ländern.

Bucharin tritt zurück?

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Bucharin das politische Bureau ersucht, ihn von dem Posten des Vorsitzenden der Komintern zu befreien.

Troski auf der Wanderschaft.

Paris, 13. März. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Pariser Blatt behauptet, Troski wolle sich in Frankreich niederlassen, er habe bereits im Departement Herault ein Haus gekauft, und um die Einreisegenehmigung nachgesucht.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. - Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 14. März.

Wettervorausage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit wenig verändernden Temperaturen an.

Handwerkskammerwahlen.

Wie bereits mitgeteilt, finden am 12. Mai die Wahlen zur Handwerkskammer in Bromberg statt. Die Handwerkskammer setzt sich aus 18 aus direkter Wahl hervorgegangenen Mitgliedern und 18 Vertretern zusammen.

Zur Durchführung der Wahl ist der Handwerkskammerbezirk in vier Wahlbezirke eingeteilt. Bezirk I umfaßt die Stadt Bromberg sowie die Landkreise Bromberg und Schönlin; Bezirk II die Kreise Inowroclaw, Mogilno und Strelno; Bezirk III die Kreise Gnesen, Wągrowitz und Żnin; Bezirk IV die Kreise Czarnikau, Kolmar und Wirfzig.

Am vergangenen Sonntag fand im Hotel Leugnung eine Zusammenkunft der Vertreter der verschiedenen Handwerke statt, in der nach Eröffnung durch den Vorsitzenden der Handwerkskammer Zawitaj die Hauptwahlkommission gebildet wurde.

Anßerdem wurde durch die Initiative des Gewerbe- und Handwerkervereins ein vorläufiges Wahlkomitee gebildet, dem folgende Herren angehören: Grabowski, Orzechowski, Zielinski, Blasjak, Szczępanski, Krawczak, Siominski, Kzewicki, Rajdrowski, Soboczynski, Modlowski, Burzynski, Tschöner, Dzionara, Ganasinski und Freit.

In den Ruhestand getreten ist auf eigenen Wunsch Stadtrat Tabeau, der seit dem Jahre 1921 hier den Posten eines besoldeten Stadtrats bekleidete. Er leitete zunächst die Schulverwaltung und einige juristische Ressorts, war einige Jahre hindurch 1. Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts und in letzter Zeit auch Dezernent für das Finanzwesen.

Die Haftpflicht der Staatsbeamten. Wie die „Agencia Wschodnia“ meldet, soll demnächst ein Gesetzesentwurf über die Verantwortlichkeit der Staatsbeamten ausgearbeitet werden.

Apothekennachdienst. Bis Sonntag, den 17. d. M., haben folgende Apotheken Nachdienst: Pfaffen-Apothek, Elisabethmarkt 25, Goldene Adler-Apothek, Friedrichsplatz 14.

Überschwemmungen - vorläufig Gott sei Dank nur in den Straßen - verkünden auf diese leider wenig angenehme Art, daß der Winter zum Abschied rückt. Die Bewohner der Vorstädte nehmen diese Tatsache mit Freude, aber auch nur mit nassen Füßen zur Kenntnis.

Während aus den verschiedensten Städten Nachrichten über den energischen Kampf gegen die Feuchtigkeit kommen, sieht man sich hierorts leider mit in dem Schoß gefallenen Händen die Straßenüberschwemmungen an und hofft scheinbar auf die Sonne, die das Wasser verdunsten lassen soll. Aber die Gullys sind verstopft, die Kanäle verstopft. Warum laut man nicht auch hier mit Dampf oder Strom auf, wie in Graudenz oder anderwärts? Der feuerzählende Bürger hat ein Recht, eine laubere Straße zu fordern, noch mehr der die Straßenreinigung bezahlende Hausbesitzer, der sich gegen eine Überschwemmung seiner Keller nicht wehren kann.

Andersaussetzung. Gestern nachmittag wurde in dem Jagdschützer Walde ein etwa fünf Tage altes Kind westlichen Geschlechts lebend aufgefunden, das in Lumpen eingewickelt war.

Aussindung einer Vermissten. Die seit einigen Tagen als vermisst gemeldete Klara Böckmann wurde jetzt auf dem hiesigen Bahnhof angehalten und dem Elternhause wieder zugeführt.

Eine diebische Schöne. Ein Herr machte in einem hiesigen Hotel eine nette Damenbekanntschaft, die ihn so bezauberte, daß er gar nicht bemerkte, wie man ihm eine Briefstasche mit 200 Zloty entwendete.

Bereine, Veranstaltungen u.

Volksmission in der Jesuitenkirche. In den Tagen vom 16. bis 25. März d. J. findet für die deutschen Katholiken in der Jesuitenkirche eine Volksmission statt.

Der bienenwirtschaftliche Verein für Bromberg und Umg. hält am Sonntag, dem 17. d. M., um 1 Uhr nachmittags, in der Johannischule seine Monatsversammlung ab.

Polen (Poznań), 13. März. Selbstmordverbrechen. Selbstmord beging am Sonnabend der 27jährige Buchdrucker Jan Burkiczak, der zur Kur in Kownowo im Kreise Borknik weilte und sich in der Wohnung des Ortsarztes Muszak erschoss.

Polstein (Wolfszyn), 13. März. Der gestrige große Jahrmarkt brachte seit Wochen wieder Leben in die bisher stagnierenden Geschäftsverhältnisse. Der Viehmarkt war sehr belebt.

Gegen 180 Rinder waren aufgetrieben. Es herrschte große Nachfrage nach guten Milchkühen. Die Preise bewegten sich zwischen 400 bis 550 Zloty. Mittlere Ware für 250 bis 400 Zloty wurde auch umgesetzt.

Kleine Rundschau.

Dr. Edeuers Flugpläne. Dr. Edeuer, der mit seinem Sohne Rud, Ingenieur Dr. Dürr, den Kapitän Lehmann und Fleming und anderen seiner Mitarbeiter und Fahrtengeossen auf Einladung der Stadt zu einem Besuch in München eingetroffen ist, führte im Laufe eines zu Wohltätigkeitszwecken veranstalteten Vortrags über die Amerikafahrten des „Graf Zeppelin“ u. a. aus, er hoffe, voraussichtlich im Herbst, das wesentlich größere neue Luftschiff „L. Z. 128“ herausbringen zu können.

Brandunglück in Hagen. Hagen (Weisfalen), 13. 3. (Eigene Meldung.) Heute nacht ist hier ein großes Doppelelmsfeuer im Hagenbühl ausgebrochen. Die Feuerwehr rettete mit Hilfe eines Sprungtuches 6 Personen das Leben. Zwei Personen, die vor dem Eintreffen der Wehr sich durch Herabspringen aus den Fenstern in Sicherheit bringen wollten, haben zum Teil schwere Verletzungen davongetragen.

Ein Turbinenhaus vom Eis zermalmt. In der Maschinenfabrik Brüder Junghans A.-G. in Schramberg ereignete sich infolge des Tauwetters eine große Eis- und Schneemassenkatastrophe. Die Eis- und Schneemassen rogen sich von dem Bergabhang auf das Turbinenhaus, das dem gewaltigen Druck nicht standhalten vermochte und zusammenstürzte.

Hotelbrand in Hongkong. Das King Edward-Hotel in Hongkong wurde am Montag früh durch Feuer zerstört. Die Zahl der Verluste an Menschenleben steht noch nicht fest, doch scheint es, daß 12 Personen den Tod gefunden haben, darunter fünf weiße Männer und eine Frau.

Wirtschaftliche Rundschau.

Aufhebung der Zwangsverwaltung über frühere russische Bodenbanken in Polen. Laut einer Notiz im „Monitor Polski“ (Nr. 58) erschienenen Verordnung des Finanzministers wird mit dem 5. März d. J. die Zwangsverwaltung über das Vermögen folgender russischer Bodenbanken aufgehoben: der Kiener, Moskauer, Petersburger-Litauer, Poltawaer, Chersoner und Beharibisch-Taurischen. Durch eine weitere Verordnung des polnischen Finanzministers wird mit Wirkung vom selben Tage die Zwangsverwaltung über das Vermögen der früheren russischen Kreditgesellschaft in Shtomir aufgehoben.

Über die Holzpreise in den polnischen Staatsforsten veröffentlicht das Posener Nachrichtenblatt „Annel Drzewny“ eine interessante Betrachtung, die in der Feststellung gipfelt, daß die Konjunktur auf den Holzmärkten rückläufig geworden ist. Maßgebend für die Entwicklung der Holzpreise in den Staatsforsten ist der Januar gewesen, da während des letzten Monats des vergangenen Jahres über die etwaige Verlängerung des deutsch-polnischen Holzprotokolls noch keine Klarheit geschaffen war.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Maria Heppel; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 62.

